Preis 2 Mark

Völkischer Beobachter

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Samstag. — Bezugspreis: Im Inland durch die Post monatlich M. 16,—, vierteljährlich M. 48,—, unter Streifband im Inland und Deutschösterreich monatlich M. 24,—, vierteljährlich M. 72,—, im übrigen Ausland monatlich M. 36,—, vierteljährlich M. 108,—. Postscheckkonto Frz. Eher Nachf., G. m. b. H., München 11346. — Geschäftsstelle: München, Thierschstraße 15. — Fernruf 20647 — Geschäftszeit 8—12 u. 2—6 Uhr, Samstag 8—1 Uhr. — Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen auswärts brutto M. 5,—, für München M. 4,—, mit entsprech. Nachlaß. Reklamezeile M. 16,—, Finanzanzeigen netto M. 4,—. Familienanzeigen M. 2,50. Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) M. 2,50. Schriftleitung: Schellingstraße 41/I. Fernruf 20647. — Drahtanschrift: Beobachter, München. — Sprechstunden der Schriftleitung: Täglich von 10—12 Uhr vormittags.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Leiter: Dietrich Eckart

Ausgabe 53 | München (Mittwoch), den 5. Juli 1922 | 36. Jahrgang

F. M. J. Rehse Archiv und Museum Zeitgeschichte München

Nach dem Abwerfen der Maske!

Es wird immer ekelhafter anzuschauen, mit welcher Heuchlermiene die ganze jüdische Führersippschaft sich als Vertreterin des nur „geistigen Kampfes" aufwirft. Es ist vergessen, mit welcher Liebe der Talaat-Mörder Tellirian von allen demokratischen und marxistischen Blättern bejubelt wurde; man weiß nichts mehr von den Verhimmelungen der Attentäter früherer Zeiten. Der marxistische Reichstagsabgeordnete Hasselmann sagte am 15. März 1881 anläßlich der Ermordung Alexanders II: „A. war nicht der einzige Bluthund in Europa, der Kaiser Wilhelm ist nicht besser, die ganze Familie verdient, ausgerottet zu werden." Rosa Luxemburg billigte den Mord am russischen Minister Ssißjagin, und Friedrich Adler sagte nach der Ermordung des Ministerpräsidenten Stürckh:

„Berechtigt zur Gewalt ist nach meiner Meinung, wenn das Gesetz zertreten ist, ein jeder Staatsbürger; jeder (!) ist berechtigt (!), sich sein Recht selbst zu verschaffen auf Grund des Notstandes, den die Regierung verschuldet hat. Jeder Staatsbürger hat nicht nur das Recht zur Gewalt, sondern meiner Überzeugung nach auch die Pflicht."

Dieser Mann wurde Vorsitzender der österreichischen Marxisten, Vorsitzender der Tagung der drei Internationalen, die mit der Billigung der Reichsregierung im Deutschen Reichstag abgehalten wurde, Vorsitzender der 2½ Internationale, die kürzlich in Frankfurt a. M. tagte.

Alle 3 Internationalen haben sich jetzt zum Kampf gegen alle Deutschen zusammengefunden und geben ein „Nachrichtenblatt" heraus, das bedeutet auf russisch „Iswestija", und so heißt die offiziöse bolschewistische Zeitung.

Jetzt hat die „Rote Fahne" einen Aufruf erlassen, der endlich einmal so deutlich ist, daß die noch Vorsichtigen die Maske abwerfen müssen:

„Wenn ein Deutschnationaler sein verlogenes Maul auftut, muß er niedergeknüppelt werden. Jede öffentliche Feier der Deutschnationalen oder Deutschvölkischen muß mit Gewalt gesprengt werden. Das deutschnationale Mördergesindel muß fortan vogelfrei sein.

Durch Gesetze und Verordnungen dürfen wir uns daran nicht mehr hindern lassen. Das Maß ist voll! Wir rufen zur brutalen Gewalt auf! Man kann diesen vertierten Kerlen nur imponieren, indem man sie zusammenhaut. Raffen wir uns nicht auf, die deutschnationale Mörderclique niederzuknüppeln, so verdienen wir es, wenn das Ausland das deutsche Volk für eine Gesellschaft verkommener Hunde hält! Wir sagen das alles im vollen Bewußtsein der Folgen, die daraus entstehen können. Wir wollen diese Folgen! Folgt daraus der Bürgerkrieg, nun so müssen wir ihn eben durchfechten.

„Wir demonstrieren gegen die Bourgeoisie, deren entschlossener Teil uns anzugreifen bereit ist und den wir niederschlagen werden, wenn er auch nur zu mucken wagt! Vor dieser Demonstration wird die Bourgeoisie erschrecken. Deren Schreck abzumildern, haben wir nicht den geringsten Anlaß."

Wir fragen: Stellt Dr. Wirth sich schützend vor diesen Aufruf zum Massenmord? Wird der Schriftleiter der „Roten Fahne" ins Zuchthaus wandern, resp. mit dem Tode bestraft werden, wie es in der Regierungsverordnung heißt?

•

Die „Mitteldeutsche Presse", der „Kreisanzeiger" (Provinz Sachsen), die „Schlesische Volksstimme" usw. sind geschlossen worden. Der „Stahlhelm", der „Hochschulring deutscher Art" (Preußen), der „Bund der Aufrechten", der „Verband nationalgesinnter Soldaten", die „Deutsch-soziale Partei", der „Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund" (Preußen) usw., werden aufgelöst. Das Judentum hat auf der ganzen Linie gesiegt: die offene Vergewaltigung des Deutschen hat begonnen.

Wir fordern von den Deutschnationalen, wenigstens jetzt etwas Mut zu zeigen, und gegen den Reichspräsidenten samt der Reichsregierung auf Grund des § 59 der Reichsverfassung Anklage wegen Bruch dieser von ihnen beschworenen Verfassung zu erheben!

Abrechnung mit dem „Bayer. Kurier"

Vor einiger Zeit erhob der „Bayerische Kurier" einen verleumderischen Angriff gegen die Nationalsozialisten, die, angeblich, „die Geschäfte" ganz anderer Leute besorgten, als sie vorgäben; auch stände an ihrer Spitze ein Nichtbayer (gemeint war A. Hitler, bayerischer Soldat, Ritter des EK I und II). Wessen „Geschäfte" von uns besorgt würden, teilte das scheinheilige Blatt seinen Lesern nicht mit.

Wir stellten darauf in unserer Ausgabe 44 der Bayerischen Volkspartei eine Reihe peinlicher Fragen, auf die der „Bayerische Kurier" aber aus sehr verständlichen Gründen nicht antwortete. Wir schlossen den Aufsatz damals mit folgenden Worten: „Du (‚Bayer. Kurier') müßtest dir einen gesetzestreuen Juden holen, der würde mit vergifteten Messerchen . . . geschickter umzugehen verstehen. Wir sind auf den nächsten Versuch gespannt, vielleicht gelingt er besser." Nun, seiner Tradition getreu, hat der „Bayerische Kurier" nicht lange auf sich warten lassen. Wie er sich damals, als das gemeine anonyme Verleumderflugblatt gegen Hitler erschienen war, beeilte, dieses Schmutzstück im trauten Verein mit der „Münchener Post" und der „Süddeutschen Presse" abzudrucken, so hat er diesmal die Gelder seines Pressefonds nicht gespart, um eine ebenfalls anonyme Zuschrift klischieren zu lassen und abzudrucken. In diesem Eingesandt werden die „Römlinge", der „Hurenpapst" bedroht, „wie Hunde abgeschlachtet" zu werden; zwei Hakenkreuze dienen als Unterschrift. Das Ganze soll den „Hakenkreuzlergeist" charakterisieren und die Katholiken vor uns warnen.

Es sollte eigentlich überflüssig sein, zu bemerken, daß diese anonyme Zuschrift nichts weiter darstellen kann als eine weitere planmäßige Verhetzung und Verleumdung. In welchen Kreisen sie aber entstanden ist, ist weniger sicher. Es kann ein von Juden inszeniertes Schmutzstück sein, das dem seit langem befolgten Zwecke dient, die Katholiken gegen die Protestanten zu hetzen und umgekehrt; es kann aber auch aus dem „Bayerischen Kurier" nachstehenden Kreisen herrühren. Charakteristisch ist es jedenfalls, daß dieser es voller Wonne als ein authentisches Dokument abdruckt und mit dementsprechenden Kommentaren versieht.

Wir können den Schmerz des „Bayerischen Kuriers" sehr verstehen: der Aufdecker der politischen Schiebungen der Bayerischen Volkspartei ist ein unangenehmer Patron, namentlich wenn die bisher so folgsamen Lämmer dadurch auf den Betrug aufmerksam werden. Deshalb wollen wir also nochmals ins Wespennest stechen und die Fragen wiederholen, auf die der, ach, so fromme „Kurier" die Antworten verweigerte und nur anonyme Verleumdungen mit erzbergerhaftem Lächeln abdruckte.

1. Während der ersten Landtagswahlen nach der Revolution prangten alle Ecken Münchens mit Plakaten der Bayerischen Volkspartei, in denen alle Christen aufgerufen wurden zum Kampfe gegen den Geist der „Frankfurter Zeitung". Ein paar Jahre später holte sich dieselbe Partei einen Ministerpräsidenten, der sich rühmte, an dieser „Frankfurter Zeitung" mitgearbeitet zu haben. Ist das Betrug der Wähler oder nicht?

2. Die Bayerische Volkspartei betont ihr Bayerntum auf Schritt und Tritt und sieht jeden als Nichtbayern an, wenn er ein paar Kilometer südlich der jetzigen Grenze geboren ist; ob sein Blut für Bayerns Farben geflossen ist oder nicht, schert den „Bayerischen Kurier" nicht. Aber ein Kommerzienrat Fraenkel z. B., einen Juden, der unsere Oberschlesienkämpfer im alljüdischen, börsianischen „Berliner Tageblatt" verunglimpfte, das ist ein alteingesessener, gesetzestreuer Bayer mosaischer Konfession? Ist das nationalpolitisches Roßtäuschertum oder nicht?

3. Der „Bayerische Kurier" läßt anläßlich von Regimentsfeiern und deutschen Gedenktagen manch rührendes vaterländisches Wort fallen, wirft dem Schutz- und Trutzbund in seiner Urwüchsigkeit sogar vor, daß auf dessen Plakaten einmal statt des „ehrlichen süddeutschen Samstag" Sonnabend stand und schwärmt zu gleicher Zeit vom jüdischen rasse- und nationalfeindlichen Esperanto. Er gibt begeisterte Schilderungen von diesen Kongressen und druckt in einem einzigen Bericht das Wort „International" ganze zwanzigmal ab. Ist das Unehrlichkeit oder nicht?

4. Der „Bayerische Kurier" schreibt in jeder Nummer von Christentum und dem „christlichen Kurs" der bayerischen Politik und begrüßte Walter Rathenau — den Schöpfer der Kriegsgesellschaften, die alle bayerischen Kirchenglocken in die Hände jüdischer Schieber brachten — als „gesetzestreuen Juden". Diese Gesetzestreuen waren es bekanntlich, die Jesus ans Kreuz schlagen ließen. Ist das bewußte Irreführung oder nicht?

5. Der „Bayerische Kurier" zieht tagtäglich gegen das Wuchertum zu Felde. Graf Lerchenfeld aber erklärt, man könne nur Auswüchse bekämpfen, nicht aber dem Wucher an die Wurzel gehen. Nach der Todesstrafe für gemeine Volksausbeuter hat der, ach, so soziale „Bayerische Kurier" nicht verlangt. Aus „Christentum" womöglich? Pius V. ließ in ähnlicher Lage Lumpen solange hängen, bis deren Spießgesellen sich in andere Lande verzogen.

6. Der „Bayerische Kurier" bekämpft bekanntlich den Kommunismus aus innerster Überzeugung. Auch die Sowjetbanditen nannte er zur Beruhigung seiner Leserschaft früher ab und zu wahrheitsgemäß Sowjetjuden. Aber während das Wuchererleben ihm teuer ist, begrüßte er kürzlich die Verhandlungen mit diesen Sowjetjuden, weil auf diese Weise die Russen „in den Schoß der Mutterkirche" zurückgeführt werden könnten. Ob Millionen Russen durch die Henker der Sowjetregierung weiter fallen, läßt den „christlichen" „Bayerischen Kurier" kalt; wenn die übriggebliebenen nur katholisch werden. Ob durch diese Verhandlungen die Sowjetregierung gestärkt, ob die Gefahr einer Überflutung des Deutschen Reiches durch diese Stärkung vergrößert, ob dadurch der Bolschewismus in Deutschland selbst einen Zuschuß an Kraft erhält, das alles interessiert den „Bayerischen Kurier" weiter nicht. Um so mehr aber tritt er für die Abschaffung der Bischofswahl durch das russische Volk ein, d. h. für die Einsetzung von Bischöfen, wie es seinen konfessionellen Zielen bequem ist.

Ebenso wie wir gegen den Marxismus auftreten, der den Klassenkampf in der deutschen Nation zum Grundsatz erhebt, genau so bekämpfen wir die frevelhafte Teilung unseres Volkes nach Konfessionen und die Vermengung von Glauben und Politik. Es gibt für uns nach innen und außen nur deutsche Interessen, keinerlei „Solidaritäten", keinerlei protestantische oder katholische Politik! Wir haben die protestantischen Theologen Traub, Bittlinger, den Prof. Strack so scharf angegriffen, wie wir das dem Zentrum gegenüber getan haben, wenn vor dem uns anfressenden Judentum ein Kotau nach dem andern gemacht wurde. Wir würden es als einen Skandal bezeichnen, wenn sich plötzlich ein Kongreß „protestantischer Politiker" auftun würde, genau wie wir es als eine unzulässige Provozierung konfessioneller Zerklüftungen bezeichnen müssen, wenn in Konstanz eine „Tagung katholischer Politiker" stattfindet, wo der Dr. Wirth, der da erklärte, mit dem Proletariat, d. h. heute den Scheidemann, Oscar Cohn, Rosenfeld und Levi, zusammenzugehen, friedlich mit dem Grafen Lerchenfeld eine Politik zu führen erklärte, mit dem Grafen Lerchenfeld, der Abgesandter einer Partei ist, die, angeblich, die Parteien dieser Cohn und Levi erbittert bekämpft! Während vor fast 2000 Jahren Einer die Wechslerbrut aus dem Tempel jagte, machen heute Leute, die sich Christen zu nennen wagen, mit den Nachkommen dieser Gesellschaft, mit den Bank- und Börsenjuden gemeinsame Geschäfte. Und nicht nur das: der „Bayer. Kurier" erklärt (einig mit der „Germania") ausdrücklich, die Völkischen seien seine schlimmeren Feinde wie die Marxisten und Gottesleugner.

Aus dieser Geisteseinstellung läßt sich alles verstehen.

7. Der „Bayer. Kurier" behauptet, katholische Interessen zu vertreten. Das tut er auch, wenn er glaubt, sich gegen Deutsche wehren zu müssen. Erleiden aber deutsche Katholiken Angriffe von Mächten des Auslandes, so — schweigt der tapfere „B. K." wie ein Grab.

Wir haben seinerzeit dagegen protestiert, daß deutsche katholische Geistliche von den Besatzungsbehörden aus Eupen-Malmedy hinausgedrängt werden. Der „B. K." fand es nicht der Mühe wert, auch laut seine Stimme dagegen zu erheben. Wir haben den „B. K." darauf aufmerksam gemacht, daß Marschall Foch während seiner Amerikareise den goldenen Ehrendegen der dortigen Jesuitenkollegien erhielt. Der „B. K." hat nichts dabei gefunden, ja er hat diese Nachricht seinen Lesern unterschlagen. Was bedeutet aber obige Tatsache? Sie besagt, daß der Oberstkommandierende der französischen Truppen, die alles Deutsche für vogelfrei erklären, die deutsche Mädchen und Frauen durch schwarze

Bestien vergewaltigen lassen, von einer sich als religiöses Institut bezeichnenden Gesellschaft die höchste Auszeichnung erhält. Sind das nicht **katholische** Frauen, die durch Marschall Fochs **schwarze Soldaten beschimpft werden? Hört** ihre Verteidigung auf, **wenn ein französischer Marschall sie drangsaliert, ehrenwerter „B. K."? Und hast du nichts dagegen, daß ein katholischer Orden diesen** ehrt?

•

Wir wissen, daß alle vernünftigen **Deutschen** aller Stände, ohne Unterschied der Konfession, so denken wie wir. Aber ebenso wie der marxistische Terror noch viele Arbeiter hindert, sich zu uns zu bekennen, so tut es die mit allen hypnotischen Mitteln arbeitende Parteimaschine des Zentrums und ihrer rechteren Schwester, der „Bayer. Volkspartei", ebenso. (Man bemerke: zu gleicher Zeit wie der „B. K." brachte auch das „Neue Münchner Tagblatt" die blutrünstige anonyme Zuschrift, die jetzt wohl die Runde durch alle Zentrumsorgane machen wird.) Aber beruhigt euch, es hilft nichts mehr: die Erkenntnis erwacht, daß die Arbeiterschaft durch ihre jüdischen und nichtjüdischen Führer schamlos betrogen worden ist, und daß die Herrschaften, die sich scheinheilig den Mantel des Christentums umhängen, eine ganz traurige Geschäfts- und Parteipolitik getrieben haben und treiben, daß sie jederzeit bereit sind, Männer und Organe, die diese politischen Schiebungen aufdecken, zu verleumden und nachher wieder ölige Phrasen zu verzapfen. Der „B. K." wird nicht umhin können, uns endlich einmal Rede und Antwort zu stehen. Wir kennen diese Antwort schon: „Angriff auf die heiligsten Gefühle der Katholiken", „Unchristliches Heidentum" „Roher Nationalismus" usw. wird es heißen. Aber diese Salbadereien werden bald ihre Wirkung verlieren.

Wer anonyme Verleumdungen abdruckt, hat jedes sittliche Recht verloren, die Worte „Katholizismus" und „Christentum" in den Mund zu nehmen. Wer nach 10 Jahren einmal die heutigen Geschehnisse beurteilen wird, wird sehen, daß niemand mit dem katholischen Glauben so Schindluder getrieben hat wie das Zentrum und seine indirekten Mithelfer.

Der „Bayer. Kurier" wird sicher nach einiger Zeit einen neuen Schmutzklumpen nach den verhaßten Völkischen werfen, die die Interessen des ganzen deutschen schaffenden Volkes in seinem Kampf ums Dasein und seine Ehre über alles stellen. Ob Arbeiter oder Graf, ob Soldat oder General, ob Protestant oder Katholik, sie alle umschlingt das gemeinsame Band der Sprache, sie alle stammen aus **einer** Wurzel. In des deutschen Volkes Mannigfaltigkeit liegt sein Reichtum. Verbrecherisch ist das Ausspielen einer Eigenart gegen die andere. Es soll einmal dastehen als das

soziale, völkische und christliche Großdeutschland!

Das ist unser Ziel, und der schaffende Volksgenosse wird einst mit uns gehen und nicht mehr auf üble Politikaster, Schwätzer und Halunken hören.

Zeichen der Zeit

Ein Professor Samuel **Steinherz** wurde zum Rektor der deutschen Universität in Prag für das Studienjahr 1922/23 gewählt. Die älteste deutsche Universität hat sich zum erstenmal einen Semiten zum Rektor, und zwar mit 13 gegen 7 Stimmen, gewählt, wobei ausgerechnet die Wahlmänner der theologischen Fakultät für den Juden stimmten.

Diese Wahl muß als Kulturschande bezeichnet werden, schreibt die „Deutsch-österreichische Tageszeitung" (Nr. 117), weil sie den traurigen völkischen Geist der Mehrheit der Prager Universitätsprofessoren offenbart, die selbst auf bedrängtem Boden ihre Pflichten gegen ihr Volk nicht erfüllen und die Obhut der ältesten Kulturstätte deutschen Wissens einem Volks- und Rassefremden ausliefern. Sie ist aber auch ein Beweis für die Notwendigkeit, die Prager Hochschule endlich zu verlegen, damit sie dem Einfluß des Judenklüngels in Prag entzogen werde.

•

Eine neue Judenschutztruppe hat man in Frankfurt a. M. aufgestellt, indem man durch Verordnung das „Schimpfen" auf die Juden in der Straßenbahn verboten hat. Die Schaffner sind angewiesen, Fahrgäste, die sich ungünstig über Juden unterhalten, von der **Weiterfahrt** auszuschließen. Wir sprechen den Frankfurter Straßenbahnern zu der zwangsweisen Ernennung zu Rekruten der Judenschutztruppe unser aufrichtiges Beileid aus, bemerkt die „Deutsche Zeitung" (Nr. 274) dazu. Hoffentlich werden sie die Verordnung gebührend behandeln.

•

Die Nr. 26 der „Schlesischen Volksstimme" in Breslau (völkisch-national) wurde am 30. Juni vom Breslauer Polizeipräsidenten auf Grund der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juni ohne Angabe von Gründen beschlagnahmt.

•

In **Eisenach** hielten am Tage der Beisetzung Rathenaus **drei Genossen aller Schattierungen** Traueransprachen. Einer dieser Genossen war der **evangelische Pfarrer Fuchs**, Anhänger des antroposophen Heilandes Steiner.

Nun, wir meinen, Baer, Löw, Hirsch, Frosch und Adler können in ihrer Mitte auch noch den schlauen Fuchs willkommen heißen.

•

Werde Müllkutscher, mein Sohn! Dem „Westfäl. Vorwärts" entnehmen wir folgende humorvolle Ausführung: Werde Müllkutscher! Denn dann hast du nach den zur Zeit in Berlin schwebenden Tarifverhandlungen: 1. 1350 M. Wochenlohn (etwas mehr als ein Landgerichtsrat); 2. Extrazulagen für jede besondere Tätigkeit innerhalb der 8 Stunden (Fahren mit mehr als 2 Pferden, Beschlagen usw.); 3. erhebliche Nebeneinnahmen durch das Herausnehmen von Metallwaren, Papier, Lumpen, Knochen — alles innerhalb der 8 Stunden; 4. du kannst die verlangten 20 Tage Urlaub ruhig antreten, auch ehe sie bewilligt sind. So geschieht's in Berlin. 5. du kannst mit Verachtung auf die törichten Kopfarbeiter mit ihrer sogenannten „Vorbildung" herabsehen, die weniger verdienen und doch länger arbeiten! **Deshalb werde Müllkutscher!**

•

Es war im Oktober 1916. Unser Parteigenosse Körner sollte k. v. gemacht werden. Nichts einfacher als das. Man läßt ihm an einem Tage 14 Zähne ziehen und ein Gebiß machen. Am 27. Januar 1917 ging es zur Front. Immerhin 13 **Wochen** fest. **Das war früher** und heute?

Er soll seine Gefängnisstrafe antreten und ersucht um 14 **Tage** Aufschub zur Instandsetzung seines Gebisses Das Gesuch wird vom Staatsanwalt **abgelehnt**. — **Kommentar überflüssig.**

Das Echo III

Die Zusammenhänge im Fall Rathenau sickern allmählich hie und da durch. So schreibt z. B. „Die Neue Züricher Ztg.": „Es scheine, man wolle in Deutschland keinem Juden erlauben, was England D'Israeli erlaubte, zu werden, ein führender Staatsmann." Ähnlich bemerkt die „Baseler National-Zeitung" (wohlbemerkt ebenfalls ein deutschfeindliches Blatt): „Die Schüsse, die Rathenau getroffen haben, galten dem Manne der Erfüllungspolitik, dem Manne, der mit Frankreich unterhandelte, dem Republikaner, dem Juden."

In Deutschland grenzen die Verhimmelungen Rathenaus schon beinahe ans Lächerliche. In der „Vossischen Zeitung" schreibt Herr Friedländer: „Rathenau schuf für Deutschland einen neuen Typus: **den politischen Bürger.** Wie dieser politische Bürger ausschaut, verrät uns der gleiche Hebräer; es ist nämlich ein Mann, der als Haupt eines der größten europäischen Industrie-Konzerne für diesen Macht- und Wirkungswillen mehr Befriedigung als der Souverän eines deutschen Bundesstaates hatte." Die Ungeheuerlichkeit dieses Satzes wird erst dann restlos offenbar, wenn man bedenkt, daß die Arbeiterschaft mißbraucht wurde, um anläßlich der Ermordung des Kapitalisten Rathenau, dessen plutokratischer Typus hier offen zugegeben wird, zu demonstrieren. Ja, der Hohn auf die Arbeiterschaft, die jetzt zum Schutz der Republik mobil gemacht wird, geht sogar so weit, daß Herr Friedländer schreiben darf: „Daß die junge deutsche Republik einen Rathenau (also einen Großkapitalisten! Die Schriftleitung) als ihren Repräsentanten aufweisen konnte, war ein unendlicher moralischer Gewinn und eine der wenigen Garantien für die Zukunft." Hier wäre man versucht, der „Vossischen Zeitung" trotz Regierungsmaßnahmen auf ihre Frage, „ob im deutschen Staate in Zukunft Gewalt oder Geist herrschen soll", eine Antwort zu geben, die nur lauten könnte: Das Geld.

„Die Republik ist. Sie steht da als ein organisch und natürlich Gewordenes", sagt die „Vossische Zeitung". „Sie war eine reife Nachfrucht eines Systems, das Deutschland in Verderben und Erniedrigung geführt hat." Daran ist zweifellos etwas Wahres. Nur ist im Wochenbett der deutschen Republik ein Versehen vorgekommen, man hat das Kind ausgeschüttet und die Nachgeburt aufgezogen, und die Hebamme, der dieses Mißgeschick vielleicht nicht ganz unabsichtlich passiert ist, soll, wenn wir nicht irren, aus der Nachbarschaft des Herrn Rathenau stammen.

Auch die moralische Frage der Ermordung Rathenaus werfen die Blätter auf. Der Marxismus hat seine Stellungnahme zum politischen Mord durch lange Praxis bewiesen. Herr **Adler**, der Wiener Jude, ist unbehelligt am höchsten Galgen Österreichs vorbeigegangen, und die „deutsche" Republik hat amtlich mit diesem politischen Verbrecher verhandelt und auch dadurch sich mit der Zulässigkeit des politischen Mordes abgefunden. Diese Erwägungen veranlassen den „Michel" in seiner Nr. 27 vom 2. Juli 1922 zu schreiben: „Man mag zurückschrecken vor dem Wort „Mord" — bei allen Völkern, die die Geschichte kennt, ist die Beseitigung der Verräter als befreiende Tat, als Heldentum gefeiert worden. Wehe dem Volke, bei dem Verräter unangefochten auf dem erschlichenen Throne sitzen können . . ."

Die Ausnahmeverordnungen verbieten es, daß wir unsererseits zu diesen Gedankenreihen Stellung nehmen. Wir lassen lediglich einen Mann zu Wort kommen, der bereits der Knute der Reichsregierung entzogen ist:

„Schon der alte treue Ekkehard des deutschen Volkes, Kanzler Bismarck, sagte: Ich gönne den Juden alle Rechte, nur nicht das, in einem christlichen Staate ein obrigkeitliches Amt zu bekleiden. Wenn ich mir als Repräsentanten des deutschen Volkes einen Juden denke, dem ich gehorchen soll, so muß ich bekennen, daß ich mich tief niedergeschlagen und gebeugt fühlen würde, daß mich die Freudigkeit und das aufrechte Ehrgefühl verlassen würden, mit welchen ich jetzt meine Pflichten gegen den Staat zu erfüllen bemüht bin. Ich teile diese Empfindung mit der Masse der niederen Schichten des Volkes und schäme mich dieser Gesellschaft nicht."

Das Leihkapital der „Friedensengel"

Wie sehr durchdrungen von „Nächstenliebe" und „Menschlichkeit" die internationale Hochfinanz ist, kann man aus einem Beispiel ermessen, das sich die „Leipziger Neuesten Nachrichten" vor kurzer Zeit aus Paris drahten ließen. Die Nachricht lautet wörtlich:

„Ein wichtiges Abkommen wegen der auswärtigen Schulden Mexikos wurde gestern zwischen dem mexikanischen Finanzminister de la Huerta und dem internationalen Bankierkomitee, in dem Thomas Lamont für die Morgangruppe, ein Vertreter der Bank von England, ein Vertreter der Banque de Paris et de Pays-Bas, ein Vertreter einer schweizer belgischen Gruppe und Herr Paul v. Schwabach für die Firma Bleichröder in Berlin vertreten sind. Mit dem Abschluß dieses Abkommens ist die volle Anerkennung Mexikos durch die Vereinigten Staaten, England, Frankreich usw. möglich. Präsident Obregon muß das Abkommen noch ratifizieren, doch hält man seine Zustimmung für sicher. Die mexikanischen Schulden betragen gegenwärtig 500 Millionen Dollar, 200 Millionen sind bereits fällig. Die Zahlungen werden im Januar 1923 beginnen. Eine Bedingung des Abkommens ist die, daß die mexikanischen Eisenbahnen in privaten Betrieb übernommen werden. Mit dem Abschluß des Abkommens ist eine der Unruheperioden der mexikanischen Geschichte am Ende, die mit der Revolution im Mai 1920 begonnen hatte. — Die Nachricht von dem Abschluß des Abkommens führte in der Wallstreet zu einer Steigerung aller mexikanischen Werte."

Welch ein „Glück" für Mexiko, ein so „hilfsbereites" und „selbstloses" Konsortium zu finden, das ihm „zur vollen Anerkennung Mexikos" durch die Vereinigten Staaten usw. verhilft, nachdem ersteres seine Eisenbahnen diesem Konsortium verpfändet hat! (Die Eisenbahnen werden in „privaten" Betrieb übernommen, drückt sich der Bericht so vorsichtig aus.) Jedenfalls sind noch andere Werte vertrustet worden, so daß das Großleihkapital seinen „Frieden" getrost mit Mexiko schließen konnte. Dieser „Friede" wurde also mit gewaltigen Unruhen und Revolutionen erkauft, denn erst jetzt soll, wie der Bericht so voll Hohn sagt, die Unruheperiode der mexikanischen Geschichte zu Ende gehen, die die vollständige finanzielle Versklavung dieses Landes einleiten mußte! Man sieht, alles wie bei uns! Nur daß wir in Europa noch nicht „reif" sind für die „Friedensengel" und „Weltbeglücker" der Hochfinanz.

Frivoler Mißbrauch der Religion

Auf dem Reichsparteitag des Zentrums 1922 hat bekanntlich Dr. Wirth die Zentrumspartei „ein großes Mittel der Vorsehung" genannt. Mehrere Wochen vorher umgab das Würzburger Zentrumsblatt, das „Neue Volk", die Regierung Wirth mit dem Mantel eines neuen Gottesgnadentums. Nun lesen wir im „Kath. Korrespondenzblatt" Nr. 23 folgendes Zitat aus dem „Reichswart":

„Um etwas Humor zu bringen, sei der unvergleichliche Ausspruch des Zentrumsführers Herrn Dr. Marx wiedergegeben: ‚Die jetzige Regierung ist auf Grund der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung gebildet, also zweifellos die rechtmäßige, legale Regierung des Deutschen Reiches. Damit ist sie für Christen **die von Gott eingesetzte Obrigkeit**, also richtig verstanden: **von Gottes Gnaden**, mag sie sich dessen bewußt sein oder nicht. Wir sind ihr deshalb auch vor unserem Gewissen Gehorsam schuldig.' — Die Genossen werden sich die Bäuche halten, vom Zentrum als von Gott eingesetzte Obrigkeit angesehen zu werden, mehr können sie nicht verlangen. Vom christlichen Standpunkt gesehen bedeutet die Deduktion des Herrn Dr. Marx eine böse politische Sophistik, für die er die Religion mißbraucht. Diejenige Obrigkeit, welche Herr Dr. Marx bis zum 9. November 1918 als von Gott eingesetzt, mithin als von Gottes Gnaden anerkannt hatte, wurde durch Ebert und seine Genossen durch Zwang und Gewalt beseitigt! Und jetzt sollen

---

Die Pest in Rußland

Unter diesem Titel ist soeben eine Schrift (Deutscher Volksverlag, München) unseres Pg. Alfred Rosenberg erschienen, in der uns das Wesen, der Werdegang des jüdischen Bolschewismus an der Hand eines großen Materials geschildert wird. Jeder Deutsche, besonders aber jeder Nationalsozialist, sollte sich, wenn irgend möglich, dieses Buch anschaffen! 75 Lichtbilder aus Sowjetrußland, die uns die Häupter, Handlanger und Opfer zeigen, unterstreichen in grauenerregender Weise den Text. Wir geben einen gekürzten Abschnitt aus dem Werke wieder: „Die Vertrustung Rußlands."

Alle demokratischen Zeitungen des jüdischen Blätterwaldes sprechen seit einem Jahre von einer „Evolution" Sowjetrußlands. Man habe anfangs eine extreme Arbeiterregierung, antikapitalistisch bis aufs Blut, voll hoher Ideale errichten wollen, aber dank verschiedener Umstände hätten sich diese überaus gut gemeinten Ideen nicht verwirklichen lassen, und Sowjetrußland kehre wieder zu lebendigeren Wirtschaftsformen zurück. So sei der Handel z. T. wieder frei gegeben, die Zwangswirtschaft z. T. aufgehoben worden usw. Das ist eine der größten jüdischen Lügen, die seit Jahren Europa irregeleitet haben.

Versteht man unter Kapitalismus die hochgetriebene Ausbeutung der Volksmassen durch eine ganz kleine Minderheit, so hat es in der Geschichte keinen größeren Kapitalistenstaat gegeben, als die jüdische Sowjetregierung seit den Oktobertagen 1917.

Einen Großkapitalismus im Sinne Westeuropas und Amerikas gab es eigentlich im früheren Rußland gar nicht. Die Industrie war nicht sehr stark entwickelt, das Bankwesen hatte wenig internationale Bindungen, sondern befand sich fast ganz in national-russischen Händen. Von einer bewußten Zusammenfassung des Kapitals vollends konnte keine Rede sein. Das änderte sich im Herbst 1917 mit einem Schlage. Sämtliche russische Banken wurden vom Staat beschlagnahmt, die privaten Kassenschränke geöffnet und ihnen alle Wert- und Goldgegenstände entnommen. Allein in der sibirischen Bank in Petersburg eignete sich die Sowjetregierung über 10 Pud Gold an; bei reichen Russen und bei allen in dieser Hinsicht irgendwie verdächtigen „Bourgeois" wurden zahllose Haussuchungen vorgenommen. Vieles davon ist natürlich an den Händen der kleineren Nutznießer der Sowjets kleben geblieben, aber letzten Endes flossen die bei Russen zerstreut vorhandenen Reichtümer nach bei der jüdischen Sowjetregierung zusammen. [illegible] dieses mobile Kapital nur seinen Besitzer wechselte, so bestand die „Verstaatlichung" der Industrie, der Bergwerke usw., nur darin, daß an Stelle von hunderttausenden russischer Eigentümer, eine Handvoll jüdischer, lettischer, polnischer Blutdiktatoren traten. Es war ein Kapitalismus schlimmster Sorte, der mit dem Siege der Bolschewiki begann, obgleich die Masse der Arbeiter natürlich noch eine Zeitlang im hypnotischen Wahn erhalten bleiben mußte, vom Ausbeutertum befreit und, wenn auch zunächst in schweren Verhältnissen, doch selbst sein Schicksal bestimmen zu können. Für einen Wahn haben bekanntlich schon manche Völker viel Elend ertragen.

Und der Kapitalismus Trotzki-Sinowjews war deshalb noch viel brutaler als das Vorgehen der westlichen Hochfinanz, weil ihm durch seinen politischen Sieg schon ganz andere Machtmittel zu Gebote standen. Die Hochfinanz des Westens erringt ihre Siege vorerst noch durch „demokratische" Mittel. Sie kauft mit den ergaunerten Spekulationsgeldern Zeitungen, Journalisten, macht Tausende von Industriellen, Parlamentariern von sich geschäftlich abhängig und setzt durch diesen parlamentarischen Volksbetrug ihre Ziele durch. Die „deutsche" Revolution war ein klassisches Beispiel dafür, wie antikapitalistische Arbeiter für die Hochfinanz, die heute Deutschland regiert, die Kastanien aus dem Feuer holten. Zu nackt gewalttätigen Durchführungen ist die Zeit in Deutschland noch nicht reif.

In Sowjetrußland aber war es anders. Dort hatte die jüdische Regierung sich keinen Augenblick besonnen, die ein ganzes Volk verelendenden Maßnahmen durchzuführen, um sich allein in den Besitz aller wirtschaftlichen und politischen Machtmittel zu setzen. Dem russischen Arbeiter versucht man diese Tatsache mit allen dialektischen Mitteln einzureden.

Vor mir liegt ein Pack der bolschewistischen Zeitungen aus jener Zeit, da die Verteilung der ergatterten Schätze begann. Dieselbe Demagogie wie oben, wiederholt sich auf Schritt und Tritt in jeder Ausgabe, fast auf jeder Seite. Im Westen nannte man das, um den Bolschewismus als Schreckgespenst für die Europäer verschwinden zu lassen, „Evolution", „beginnende Einsicht", „Gesundung Rußlands", im Sowjetparadies sagte man, die Waffe des Proletariats müßte geschmeidig erhalten werden, um zur letzten Schlacht bereit zu sein.

Einige Probestücke: Die Sowjets geben eine Zeitschrift heraus betitelt „Kommunistitscheskij International". In Nr. 18 des Jahrgangs 1921 schreibt z. B. Lenin über „Taktik der russländischen kommunistischen Partei" und sagt u. a.: „Die Freiheit des Handels bedeutet die Freiheit des Kapitalismus, aber sie bedeutet eine neue Form des Kapitalismus, es bedeutet, daß wir bis zu einem gewissen Grade von neuem einen Kapitalismus schaffen. Wir tun dies vollkommen offen: Es ist der Staatskapitalismus. Aber der Staatskapitalismus in einer Gesellschaft, in welcher die Macht dem Kapital gehört und der Staatskapitalismus in einem Proletarierstaate sind zwei verschiedene Begriffe. In einem kapitalistischen Staate bedeutet Staatskapitalismus, daß der Kapitalismus vom Staat anerkannt und vom Staat zum Besten der Bourgeosie gegen das Proletariat kontrolliert wird. Im Proletarierstaat geschieht dasselbe zum Nutzen der Arbeiterklasse mit dem Ziel, vor der noch zu starken Burogeoisie zu bestehen. . . ." Dann beteuert Lenin, man würde dem ausländischen Kapitalismus zwar die Bergwerke übergeben, aber ohne die kleinste Denationalisierung derselben.

In demselben Heft ergreift auch Sinowjew-Apfelbaum das Wort zum selben Thema, ebenfalls Herr Bela Kuhn (Cohn), Lazarus Schatzkin, Karl Radek, E. Varga, Zschazkaja und andere jüdische Giftmischer. Besonders Herr Apfelbaum gebärdet sich als unentwegter Vorkämpfer der Arbeiterbefreiung und stellt alle Konzessionen nur als notgedrungen hin:

„Der Kongreß gab sich vollkommen Rechenschaft darüber," sagt er, „daß die stärksten Parteien sich zu direkten Kämpfen vorbereiten müssen, daß diese Kämpfe unausbleiblich und in nächster Zeit notwendig sind, und daß, letzten Endes, keine Teilniederlagen den Endsieg aufhalten werden. Der Kongreß hat darauf hingewiesen, daß bei dem heutigen unbeständigen Gleichgewicht in Europa jeder große Streik und sogar jede große Parlamentskrisis zur Ouverture einer Revolution werden kann, **zum unmittelbaren Kampf um die Macht**..." „Da wir keine Propheten sind, so kann niemand von uns mit Sicherheit sagen, wieviel Monate oder Jahre bis zum ersten neuen Siege der proletarischen Revolution vergehen werden... Aber der dritte Kongreß hat uns davon überzeugt: die Revolution ist nicht zu Ende; **die Zeit ist nicht mehr so fern, da neue Kämpfe beginnen werden, die Europa und die ganze Welt mehr erschüttern werden, als alle vorhergehenden Kämpfe zusammengenommen**..."

Wieweit ist nun die Vertrustung des ausgeplünderten russischen Volkes gediehen? Zuerst erlangte Herr Vanderlip aus Amerika Konzessionen, später die Standard Oil Campany („Neue Ztg." 1922 Nr. 28), weiter schloß die Deutsch-Osteuropäische Kreditbank A.-G., ein Abkommen mit Sowjetrußland ab („D. Tageszeitung" 1921 Nr. 506); weiter kam die

nach Herrn Dr. Marx Präsident Ebert und die Revolutionsregierungen von Gott eingesetzt sein! Herr Dr. Marx dürfte mit der Austeilung von Gottes Gnade doch ein wenig leichtfertig umgehen und seine ihm vom göttlichen Wesen zugemessenen Kompetenzen nicht unerheblich überschreiten. Oder hat er besondere Vollmachten? Es geht nichts über politisch angewandte Frömmigkeit! Der Standpunkt des Abgeordneten Marx gewinnt noch dadurch an Komik, daß der Reichspräsident, Herr Ebert, in den jetzt massenhaft in Deutschland gegründeten freimaurerischen Arbeiterlogen eine große und führende Rolle spielt. Daß diese im verwegensten Sinne des Wortes international und internationalistisch sind, versteht sich von selbst. Vielleicht ist es auch Herrn Dr. Marx bekannt, von wie liebevoller und verehrungsvoller Sorge gerade diese humanitäre internationalistische Freimaurerei für die katholische Kirche beseelt ist. Herr Dr. Marx sollte sich doch in einer Arbeiterloge aufnehmen lassen, um so noch besser der von Gott eingesetzten Obrigkeit seine Ergebenheit zu beweisen." Soweit das „Kath. Korrespondenzblatt".

Wir möchten in diesem Zusammenhang an einen Mann erinnern, der den Mißbrauch der Religion zu politischen Machtzwecken schon früher gegeißelt und das wahre Gesicht des Zentrums gekennzeichnet hat. Es war der große badische Katholikenführer Reinhold Baumstark.

In seinem sehr lesenswerten Buche „Schicksale eines deutschen Katholiken" schreibt er (S. 287): „Diese Partei bekämpft den modernen Staat grundsätzlich. Sie ist es, die unter der Fahne des politischen Katholizismus mit oder ohne Bewußtsein die Religion als Vorwand braucht für Erreichung politischer Zwecke und Befriedigung weltlicher Leidenschaften." Das sagte ein tief religiöser und gläubiger Katholik! Und welche Machtziele das Zentrum im Auge hat, das sagt uns ein katholischer Theologe (Dr. theol. Häuser, Straßberg bei Augsburg), der in seiner Schrift: „Wir deutsche Katholiken und die revolutionäre Bewegung" schreibt:

„Die Organe und Volksführer, welche so rasch nach links schwenkten, bekunden wiederholt ihre Freude darüber, daß mit der Revolution in Deutschland der Protestantismus einen Todesstoß erlitten habe. Diese Freude erklärt uns nun manches. Mit Hilfe der zur Tatsache gewordenen Revolution glauben manche Kreise ihre Position gegenüber dem Protestantismus günstiger gestalten zu können."

Diese Schrift hat sogar vom Bischof von Regensburg eine sehr lobende Anerkennung gefunden. Vielleicht haben wir auch hier den Schlüssel dafür, warum der ehemalige Berliner Redakteur der „Köln. Volkszeitung" (Zentrum) gegen Zentrumsabgeordnete, vor allem gegen den ehemaligen zweiten Zentrums-Vorsitzenden Becker (Arnsberg) den schwerwiegenden Vorwurf erheben konnte, „daß sie den Ausbruch der Revolution nicht ungern gesehen, vielleicht sogar begünstigt hätten und damit mitschuldig geworden wären an dem völligen Zusammenbruch des deutschen Volkes" (vgl. „Das neue Reich", Nr. 49 und 50, September 1919).

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Alle auswärtigen Mitglieder und Antisemiten wollen sich bei ihrem Ankommen in München (wenn unsere Geschäftsstelle geschlossen) wegen Quartiere in das Restaurant „Blauer Bock", Blumenstraße 16, wenden.

Nachrichten der Sturmabteilung

Die angekündigte Versammlung der S.A. findet um 8 Uhr abends im Bürgerbräukeller statt.

Sektionsversammlungen

Dienstag. Sektion Haidhausen, Bogenhausen und Giesing. Sprechabend im Gasthof „Zum Ostbahnhof", Orleansplatz 3.

Mittwoch: Neuhausen, Restauration Prinz Alfons, Prinz-Alfons-Straße.

München-Süd, Gasthaus „Schwalbenstein", Ecke Thalkirchner-Reifenstuelstraße.

Donnerstag: Sektion Pinakothek und Schwabing. Sprechabend im Gasthaus „Allotria", Türkenstraße 33.

Samstag: Kegelabend im „Juligarten", Baaderstraße 27.

Jeden Sonntag, abends, Treffpunkt im „Blauen Bock", Blumenstr. 16.

Mitteilungen anderer Ortsgruppen

Ortsgruppe Bad Tölz. Sprechabend am Freitag, 30. Juni d. J., abends 8 Uhr, im „Oswaldbräu". Zahlreiches Erscheinen der Bad-Tölzer-Antisemiten wird zur Pflicht gemacht.

Ortsgruppe Berchtesgaden. Jeden 2. und 4. Samstag jeden Monats Sprechabend im Gastzimmer des Salzbergwerks Berchtesgaden.

Passau. Sprechabend am Donnerstag, den 6. Juli, abends 8 Uhr, „Altdeutsche Bierstube". Redner: Parteigenosse Derda aus Linz, 2. Vorsitzender der Landesparteileitung Oberösterreich. Erscheinen aller Mitglieder Pflicht; Gäste mitbringen. Diejenigen Parteigenossen, welche noch nicht im Besitze der Parteipresse sind, haben dies unverzüglich der Ortsgruppenleitung zu melden. Mitgliedsbeiträge einzahlen!

Ortsgruppe Hannover. Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, in Kauers Gesellschaftshaus, Voßstr. 12 (Fernruf 7765), Sprechabend mit Vortrag und freier Aussprache. Besondere Einladungen werden nicht mehr ergehen.

Ortsgruppe Mannheim. Jeden Montag, abends 8 Uhr, Sprechabend mit Vortrag im „Alten Fritz", U. 6. 8. Gäste willkommen. Geschäftsstelle und völkische Buchhandlung T. 6. 1.

Ortsgruppe Stuttgart. Es finden in jeder 2., 3. und 4. Woche jeden Monats Mittwoch, abends 8 Uhr, im Nebenzimmer des „Schwarzwälder Hofes", Sophienstraße 10, Sprechabende statt. Die Mitglieder werden gebeten, regelmäßig zu erscheinen und Bekannte mitzubringen.

Ortsgruppe Karlsruhe. Die Sprechabende finden nunmehr im Lokal „Zur Linde" (Zirkel) statt und zwar jeden Donnerstag abends 8 Uhr.

Ortsgruppe Plauen i. V. Der Sprechabend findet Mittwoch statt.

Ortsgruppe Dortmund. Nächster Sprechabend Dienstag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, in der Wirtschaft Thiemann, Olpe 43.

Jugendgruppe. Dienstag, den 11. Juli, abends 8 Uhr: Naturabend in der Wirtschaft Thiemann, Olpe 43. Sonntag, den 9. Juli: Wanderfahrt nach den Borken-Bergen. Abfahrt 8.15 Uhr Hauptbahnhof bis Selm.

Ortsgruppe Stettin. Die Ortsgruppe hält jeden ersten Freitag im Monat ihre ordentliche Versammlung im Restaurant „Elisabethquelle", Elisabethstraße 19, abends 8½ Uhr ab. An unsre Genossen von der „Internationalen".

•

Ortsgruppe Bad Tölz. Bei dem am Freitag, den 30. Juni, im Oswaldbräu abgehaltenen Sprechabend sprach Pg. Körner aus München über Möglichkeiten einer deutschen Regierung, den breiten Volksmassen die Republik als Volksstaat zu gestalten. Heut trägt die größten Lasten der unmöglichen Erfüllung das schaffende, aber trotzdem hungernde Volk, während jene, die von der Arbeit der anderen leben, sich durch ins Riesenhafte gesteigerte Dividenden Tantiemen, Valutagewinne nach wie vor ein luxuriöses Leben im Überfluß in den schönsten Orten unseres Vaterlandes leisten können, ganz abgesehen von den Schiebergewinnen, die gänzlich unbesteuert bleiben, weil gesetzlich nicht auffindbar. — Der Abend verlief sehr angeregt, und die anwesenden Mitglieder und Gäste versprachen, dafür zu sorgen, daß am nächsten Sprechabend, Donnerstag den 6. Juli, der wieder im Oswaldbräu stattfindet, das Lokal voll besetzt ist. Die junge Ortsgruppe konnte als sichtbaren Erfolg wieder eine Reihe Neuaufnahmen entgegennehmen.

Passau. Am 24. Juni hielt der hiesige Schutzverein „Deutsche Wacht", Sitz Passau, eine große Sonnwendfeier unter Mitwirkung der Reichswehrkapelle und der „Liedertafel" auf der Ries ab. Die Beteiligung der Bevölkerung war eine sehr große. Der Vorsitzende der „Deutschen Wacht", Herr Bürgermeister Weiß, eröffnete die Feier mit einer wahrhaft völkischen Begrüßungsansprache. Landesgerichtsrat Bielmayer vom Verein für vaterländische Veranstaltungen sprach über die Schuldlüge in treffenden Worten, und unser Parteigenosse Derda aus Linz, 2. Vorsitzender der Landesparteileitung Oberösterreich, hielt auf Einladung der „Deutschen Wacht" die eigentliche Feuerrede. Gleich mit Beginn seiner Rede entflammte der mächtige Holzstoß, und zugleich entrollte unsere Partei zum erstenmal die von München gespendete Parteiflagge zu Ehren der völkischen Feier und unseres Gastes, der in diesem Zeichen sprach. Nach der Rede des Parteigenossen Derda, die einen allgemeinen Beifallssturm auslöste, begaben sich die Parteigenossen in das Bräustübl der Hacklbergbrauerei, wo ein offizieller Sprechabend stattfand, an dem Pg. Derda in mehr als einstündiger großartiger Rede über die deutschösterreichischen politischen Verhältnisse und die Judenfrage sprach. Für unsere Partei war der Samstagabend bei der Sonnwendfeier wie am darauffolgenden Parteiabend, ein voller Erfolg unserer Sache.

Zwiesel. Am 22. Juni hatte die hiesige Ortsgruppe eine ordentliche Mitgliederversammlung in unserem Parteilokal „Deutscher Rhein" einberufen, die gut besucht war. Laut Tagesordnung wurde durch den Fortgang des bisherigen Schriftführers und Kassiers ein neuer gewählt. Nach Regelung dieser und anderer Angelegenheiten konnten die Parteigenossen den interessanten Ausführungen eines Gastes, eines vor 2½ Monaten aus der russischen Gefangenschaft zurückgekehrten Kriegsgefangenen, zuhören. Beschlossen wurde noch, den regelmäßigen Sprechabend wieder einzuhalten.

Hamburg. Die hiesige Ortsgruppe der N.D.A.P. erfreut sich eines guten Gedeihens. Am Montag, den 26. Juni, sprach Pg. Rosetti in der Gastwirtschaft Toosbuy, Eiffestr., über „Die deutsche Arbeiterschaft und die politischen Parteien". Der temperamentvolle Redner verstand es vorzüglich, die Blößen der alten Parteien hervorzuheben. Besonders beschäftigte er sich mit den reaktionären, am verkrachten Marxismus zäh festhaltenden altsozialistischen Parteien und deren Schutzpatron über das schädliche Wucherkapital. Reicher Beifall und Jubel der Anwesenden sowie mehrere Beitrittserklärungen belohnten den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Unsere junge Ortsgruppe ist nun stark genug, um eine Teilung in Hamburg-Ost und -West vornehmen zu können. Vorsitzender ist Alfred Koch, Wilhelminenstr. 74.

•

Bergwacht! Am Montag, den 10. Juli, abends 8 Uhr, findet im Veteranensaal des Mathäserbräu der 2. B.W.-Sprechabend statt. Die sehr wichtige Tagesordnung erfordert vollzähliges Erscheinen der Münchener B.W.-Leute. Zutritt nur gegen Vorzeigen der Ausweiskarte.

Der Hochverrat des Frhrn. v. Leoprechting

Eisner und „Dr." Anspach haben durch Betrug und Verrat Deutschland den schwersten Schaden zugefügt, gerichtlich wurde ihr schändliches Treiben und seine Wirkung auf das Ausland festgestellt. Am Montag wurde einem dritten Hochverräter, dem Frh. Hubert v. Leoprechting, vor dem Landgericht München I der Prozeß gemacht. In dem vielseitigen Tun dieses Herrn spiegelt sich so recht die politische Wirrnis und Verderbtheit Neudeutschlands. Zunächst war Leoprechting, der einer altbayerische Adelsfamilie entstammt, Page in der Kgl. Kadettenanstalt. Auf die Dauer sagte ihm der militärische Beruf jedoch nicht zu und er wollte die diplomatische Laufbahn einschlagen. In Frankreich wurde er während des Krieges interniert und hatte keine Ursache, über allzu freundliche Behandlung zu klagen. Nach München zurückgekehrt, studierte er Medizin und trat einer Burschenschaft bei. Aus ihr wurde er wegen Unterschlagung ausgestoßen. Als er mit dem französischen Gesandten Dard bekannt wurde, suchte er politische Beziehungen anzuknüpfen, um eine Rolle zu spielen und seiner Geldverlegenheit abzuhelfen. Seine frühere Abneigung gegen Frankreich verwandelte sich schnell in höchste Bewunderung für unser nachbarliches Kulturträgervolk, und er ließ sich willig auch für die Pläne der französischen Politik einspannen, d. h. die Rheingrenze für Frankreich, Trennung des deutschen Südens vom Norden, Verhinderung des Anschlusses von Deutschösterreich, Gründung eines Frankreich unterstehenden katholischen Donaustaates und die französische militärische Vorherrschaft auf dem europäischen Festlande, Pläne also, die mit der Zertrümmerung Deutschlands gleichbedeutend sind. Für ihre Unterstützung erhielt er 3000 M. monatlich durch den französischen Gesandten Dard. Im übrigen lebte er von der Hoffnung auf eine leitende Stellung in dem zu bildenden Donaureiche. Er arbeitete nach einem großzügigen Operationsplane, der die Bildung einer Partei, Herausgabe eigener und Bestechung schon bestehender süddeutscher Zeitungen, Überwachung des politischen Lebens in Deutschland und Berichterstattung an die französische Regierung, ein besonderes großes „Geschäfts"haus in München und umfangreiche Wirtschaftsunternehmungen zur friedlichen Durchdringung Süddeutschlands mit französischem Kulturgeiste vorsah, von dem wir ja in den besetzten Gebieten noch nicht genug zu spüren bekommen. Zur Erreichung seiner Ziele war dem Freiherrn so ziemlich jedes Mittel recht: Fälschung von Unterschriften und Stempeln, erheuchelte Frömmigkeit, der Deckmantel der Demokratie und des Pazifismus, angebliche Wahrung bayerischer Sonderinteressen, kurzum unlautere Mittel, wie sie für unser heutiges öffentliches Leben bezeichnend sind.

Damit aber war dem Tätigkeitsdrang des Freiherrn noch nicht Genüge getan. Er warf sich nun auch auf die deutsche Innenpolitik. Sein Mittelsmann war hierbei der preußische Gesandte, Graf Zech. Aufgebauschte oder erlogene Berichte über bayerische Trennungsgelüste vom Reich sollten dazu dienen, die schon vorhandene gereizte Stimmung zwischen Berlin und München zu verschärfen. Die Weismannschen Erzählungen gaben ja ein gutes Vorbild. Nachdem nun aber Leoprechting zur Vergiftung des Zusammengehörigkeitsgefühles redlich beigetragen hatte, suchte er von seinem Berliner Wirkungskreis aus die Reichsregierung zu schärfstem Vorgehen gegen die lebhaft geschilderten Sonderwünsche seiner Heimat aufzustacheln, indem er sich als Demokraten und Zentralisten ausgab. Für die Reichsregierung richtete er nun ebenso wie für Frankreich einen Nachrichtendienst über Vorgänge in Bayern ein und erhielt dafür 45 000 M. Daneben war er im Internationalen Friedensbund der Kriegsteilnehmer tätig, führte eine äußerst rege Korrespondenz mit in- und ausländischen Zeitungen und Persönlichkeiten. Als die Regierung Wirth anläßlich der Teilung Oberschlesiens in Gefahr schwebte, ihren Worten gemäß zurücktreten zu müssen, wollte Leoprechting sogar eine neue Reichsregierung bilden.

Auf die Veröffentlichung einer seiner Denkschriften durch die „M. N. N." hin floh der Freiherr nach Berlin und konnte dort bald verhaftet werden. Jetzt ist er zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden, eine Strafe, die seinem frevelhaften Treiben durchaus angemessen ist. Es wird die höchste Zeit, daß Leute, die ihr Vaterland an den Feind verkaufen und im Innern Zwietracht stiften, wie es hier geschehen ist, hinter Schloß und Riegel gesetzt werden. Auf die Würdigung des Prozesses durch die Presse wird noch zurückzukommen sein.

Rathenaus Lob im Hörsaal

Die Münchener Universität besitzt einen Lehrer, der jahrelang über das romanische Futurum nachgedacht hat, bis er Hornhäute und einen Lehrstuhl bekommen hat. Dieser Mann ist Professor Lerch. Während es sonst die Angewohnheit von Lerchen ist, in die Höhe zu steigen, fühlt sich unser Lerch am wohlsten, wenn er in die Tiefe sinkt. Bisher hat er sich noch damit begnügt, seine verwaschenen Geisteserzeugnisse in einem Blatt vom Range der „Frankfurter Zeitung" abzuladen. Nunmehr macht er sogar für den Geist dieses jüdischen Blattes im Hörsaal einer deutschen Universität Propaganda.

---

amerikanische „Gesellschaft für Medikamente und chemische Präparate" hinzu, welche die Asbestwerke von Alopajewka belegte und den Sowjets 50 000 Dollar in Gold als Garantiefonds auszahlte („A.B.C." 1921 Nr. 581)...

Es sind entstanden der Glas- und Porzellantrust mit 19 Werken, der von der Sowjetaufsicht ganz befreit worden ist; der Fourniertrust, der 26 Fabriken umfaßt; der Zementtrust mit 10 Werken; der Elektrotrust Zentralrußlands. An der Spitze eines Öltrusts hat sich der „Porletarier" Trotzki gestellt mit Stkljansky u. a. Diktatoren; Herr Liebermann, der „Holzsachverständige", Kommissar für Forstangelegenheiten, wurde ebenfalls Konzessionär, Trustvorsitzender und hat eine viele Milliarden betragende Unterstützung des Obersten Wirtschaftsrates erhalten. Man geht nicht fehl, wenn man annimmt, daß nach berühmten Mustern anderer „Proletarierführer" hinter Herrn Liebermann große Londoner Finanziers stehen, mit denen er Abkommen während seines Aufenthalts in England getroffen hat.

Im Februar wurde ein neuer großer Trust gebildet: der Kautschuktrust. Ihm gehören an: zwei Werke des „Treugolnik" (in Petersburg und Moskau), der „Bogatyrj", der „Kautschuk" und drei Werke des „Prowodnik". Davon arbeiten eben im ganzen drei Fabriken, die anderen sollen „in Ordnung" gebracht werden. Mit Rohstoffen sollen sie (wie der bolschewistische „Nowy Mir" versicherte) für sechs Monate versorgt sein. An der Spitze dieses neuen Unternehmens steht der Jude M. A. Lurje.

Zum Schluß seien noch genannt der „Zentroprobital", der 10 Korken- und Isolatorenfabriken umfaßt, von denen 4 in Petersburg, 1 in Moskau, 1 in Wyschni-Wolotschok und 4 in Odessa gelegen sind (im April arbeiteten davon nur 3 Werke); die „Glawschweimaschina" (Hauptnähmaschinentrust), der 83 verschiedene Werkstätten und Fabriken vereinigt; der „Gussewsky Kombinat", der die Textilwerke von Gussew umfaßt...

Hand in Hand mit der Monopolisierung der gesamten Industrie durch die jüdischen Führer in Moskau geht auch der planmäßige Ausbau ihrer Finanzdiktatur: Die Finanzinstitutionen des Landes wurden zu einer Staatsbank vereinigt und an die Spitze derselben ein früher aus Rußland ausgewiesener Jude und späterer Züricher Freund Lenins, Aaron Scheinmann gestellt; derselbe Scheinmann, der „russischer"seits am 6. Mai 1921 das Handelsabkommen mit Deutschland unterschrieben hatte. Die private Banktätigkeit wurde untersagt und an Stelle der doch hie und da in den Städten eröffneten Kreditanstalten wurden Niederlassungen der Staatsbank eröffnet. Für den Februar 1922 waren schon neben den beiden Hauptstädten, Charkow, Kasan, Tambow, Kiew usw., noch in fast 35 Städten Banken in Aussicht genommen, so daß jetzt schon ganz Sowjetrußland bis nach Sibirien hin mit einem Netz von Sowjetbanken überzogen ist.

Aber als auf diese Weise die ganze Finanzwirtschaft in die Hände der jüdischen Regierung gespielt worden war, setzten die — Bankkonzessionen ein. Getreuen Anhängern des In- und Auslandes wurden Genehmigungen zur Eröffnung neuer Kreditinstitute erteilt. So entstand Ende April zwecks Finanzierung des Außenhandels zwischen Sowjetrußland und den südöstlichen Staaten auf Betreiben des Außenhandelskommissariats die Mittelasiatische Kommerzbank. Weiter wurde die Südöstliche Kommerzbank gegründet (mit 2 Millionen Goldrubel), an der die Regierung mit 50% beteiligt ist. Andere Gründungen sind in Aussicht genommen.

Es wiederholte sich hier im Finanzwesen genau dasselbe wie in der Industrie: Raub des russischen Vermögens („Sozialisierung"), Vereinigung desselben in der Hand der politischen Diktatur und dann die Verteilung der Beute unter die jüdischen Freunde daheim und draußen.

Diese „antikapitalistischen"-Maßnahmen fanden seitens der jüdischen Hochfinanz des Westens natürlich die vollste Unterstützung, und der bolschewistische „Nowy Mir" in Berlin meldete anmaßend, die Sowjetregierung habe die Banken Max Warburg, Deutsche Bank, Diskontogesellschaft usw., zu ihren Korrespondenten in Deutschland ernannt! Ihnen haben sich auch die jüdisch-russischen Bankiers Günzburg, Schlesinger der sowjetrussischen Hochfinanz angeschlossen. Der Schwager Trotzkis, der Bankier Schimotowsky, hatte schon in Paris vorgearbeitet.

Bücherschau

Eine Besprechung der angezeigten Bücher behalten wir uns vor. Eine Rücksendung von Büchern, die weder angezeigt noch besprochen werden, findet in keinem Falle statt.

Bayerisches Wanderbuch Band I: München. Schriftleiter: Max Hauttmann. 400 Seiten mit 40 ganzseitigen Abbildungen, 2 Karten und 10 Grundrissen. Taschenformat. Verlag R. Oldenbourg, München-Berlin.

Paul Kamle: Durch die Hölle zur Helle. Geistige Grundlagen der deutschen Zukunftspolitik. Zwei Welten-Verlag. W. Heimberg, Stade i. H.